

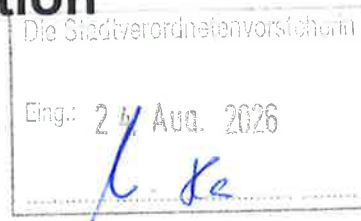
Anträge für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07. September 2026

Stand: 2026-08-26, 10.00 Uhr

Lfd. Nr.	Gegenstand	Eingangsdatum	zust. Ausschuss	Zuständige/s Amt /Ämter
Anträge				
12	Antrag der AfD-Fraktion: Vertreterbegehren gemäß § 8b Abs. 1 S. 2 HGO zur Frage der Umbenennung der Johannes-Dyba-Allee	2026-08-24	direkt an SV – direkte Beschlussfassung unter TO I, TOP II	
13	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prüfung intelligenter Verkehrssteuerung entlang der Bahnhofstraße	2026-08-25	BSA	66
14	Berichtsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Depot/Magazin Vonderau Museum	2026-08-25	KTA	40
15	Antrag der Vertreterin Die PARTEI: Schlossgarten für alle	2026-08-25	BSA	69
16	Antrag der Vertreterin Die PARTEI: Telekomkästen an die Umgebung anpassen	2026-08-25	BSA	66

12

Antrag der AfD-Fraktion



AfD - Stadtfraktion - Postfach 1216 - 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

24.08.2026

Antrag auf Vertreterbegehren gemäß § 8b Abs. 1 Satz 2 HGO zur Frage der Umbenennung der Johannes-Dyba-Allee

Der vorliegende Antrag soll in der Sitzung der SVV am 07.09.2026 behandelt werden. Wir bitten darum, den Antrag vorab dem HFA zur Kenntnis und Berücksichtigung im Rahmen seiner laufenden Prüfung am 31.08.2026 zuzuleiten.

Über diesen Antrag ist vor der Abstimmung über alle weiteren Anträge zu diesem Thema zu befinden, da das Vertreterbegehren nach dem Wortlaut des § 8b Abs. 1 Satz 2 HGO nur *anstelle* einer eigenen Sachentscheidung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden kann.

Die AfD-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt gemäß §8b Abs. 1 Satz 2 HGO anstelle einer eigenen Entscheidung die Durchführung eines Bürgerentscheids über die Frage der Umbenennung der Johannes-Dyba-Allee (Vertreterbegehren).
2. Den Bürgerinnen und Bürgern wird folgende Frage zur Entscheidung vorgelegt:

„Soll die Johannes-Dyba-Allee in Fulda in ‚Kastanienallee‘ zurückbenannt werden?“

Die Frage ist mit Ja oder Nein zu beantworten.

- 3. Der Magistrat wird beauftragt, den Bürgerentscheid nach Maßgabe des §8b HGO und des Hessischen Kommunalwahlgesetzes vorzubereiten und durchzuführen, den Abstimmungssonntag im gesetzlichen Rahmen festzusetzen und die erforderlichen Mittel im Haushalt bereitzustellen. Die von den Gemeindeorganen vertretenen Auffassungen sind den Stimmberechtigten gemäß § 8b Abs. 5 HGO in ausgewogener Weise darzulegen.**

Begründung

Über die Zukunft des Namens der Johannes-Dyba-Allee wird in Fulda seit über einem Jahr beraten. Der Gegenstand dieser Beratung ist von einer Schwere, wie sie in der Kommunalpolitik selten vorkommt. Es geht um sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Verantwortungsbereich der Kirche, um das Leid der Betroffenen und um die Frage, wie eine Stadtgesellschaft damit umgeht.

Gerade weil der Gegenstand so sensibel ist, halten wir es für falsch, die Entscheidung im Kreis von 59 Stadtverordneten zu treffen. Eine Frage, die das Selbstverständnis der Stadt und ihr Verhältnis zur eigenen Geschichte berührt, braucht eine breitere Legitimation als eine parlamentarische Mehrheit. Wer eine solche Entscheidung trifft, muss sie vor der gesamten Stadtgesellschaft verantworten können und die Stadtgesellschaft sollte sie deshalb selbst treffen können. Das Vertreterbegehren nach § 8b Abs. 1 Satz 2 HGO ist das dafür vorgesehene Instrument. Es entzieht die Frage niemandem, sondern gibt sie an den Souverän weiter.

Hinzu kommt ein grundsätzlicher Gesichtspunkt. Die Stadt Fulda hat in der zurückliegenden Wahlperiode bereits einmal über die Umbenennung einer nach einer historischen Persönlichkeit benannten Straße entschieden. Der Anstoß zur Umbenennung der Dr.-Danzebrink-Straße kam im Frühjahr 2015 von außerparlamentarischer Seite; die Entscheidung fiel sieben Jahre später in der Stadtverordnetenversammlung. Unsere Fraktion hat ihr damals nicht zugestimmt und für eine Beibehaltung des Namens mit erläuternder Informationstafel geworben.

Damit stellt sich eine Frage, die über den Einzelfall hinausgeht: nach welchen Maßstäben diese Stadt mit ihren Straßennamen umgeht, ob und unter welchen Voraussetzungen eine einmal beschlossene Ehrung zurückgenommen wird, und wer diese Maßstäbe setzt. Das ist keine Verwaltungsfrage, sondern eine Wertentscheidung über das Selbstverständnis dieser Stadt. Wertentscheidungen dieser Art sollten die Bürger treffen.

Der Zeitpunkt dieses Antrags erklärt sich aus dem Verlauf der Beratungen. Die laufende Wahlperiode hat am 1. April 2026 begonnen. Erst danach fanden die Gespräche mit dem Bistum und die Anhörungen statt. Im Verlauf dieser Beratungen hat sich für unsere Fraktion der Eindruck verfestigt, dass die Tragweite des Gegenstands über das hinausgeht, was in einem Ausschuss und einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung angemessen entschieden werden kann. Wir legen diesen Antrag deshalb rechtzeitig vor der Sachentscheidung vor und stellen ihn bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 31. August 2026 zur Debatte, damit über den Weg beraten werden kann, bevor über das Ziel abgestimmt wird.

Ein Bürgerentscheid klärt die grundsätzliche Frage auf breiter Basis und damit auf eine Weise, wie es eine mehr oder weniger knappe parlamentarische Mehrheit nicht vermag, ganz gleich, wie sie ausfällt.

Auch das spricht dafür, diesen Weg zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen

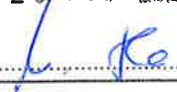

Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 25. Aug. 2026


Fulda, 17.08.2026

Antrag: Prüfung intelligenter Verkehrssteuerung entlang der Bahnhofstraße

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt:

die Einleitung der Prüfung ob durch eine intelligente, möglichst verkehrsabhängige Steuerung der Ampelanlagen entlang der Bahnhofstraße im Bereich der Kreuzungen mit der Rabanusstraße, der Lindenstraße und der Heinrichstraße der Verkehrsfluss verbessert werden kann.

Dabei soll auch geprüft werden, ob hierfür bereits bestehende KI-gestützte oder andere adaptive Lösungen, insbesondere Open-Source-Lösungen, genutzt werden können.

Bei der Prüfung sollen insbesondere die folgenden Aspekte berücksichtigt werden:

- die Vermeidung von Rückstaus und Pulkbildungen,
- eine bessere Abstimmung der Ampeln aufeinander,
- möglichst kurze Wartezeiten für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrende,
- die Berücksichtigung des Busverkehrs und
- mögliche Auswirkungen auf Lärm, Abgase und die Aufenthaltsqualität in der Bahnhofstraße.

Begründung

Die Bahnhofstraße ist eine zentrale Verbindung zwischen Bahnhof und Fuldaer Innenstadt und zugleich Fußgängerzone. An den Kreuzungen mit der Rabanusstraße, der Lindenstraße und der Heinrichstraße treffen unterschiedliche Verkehrsströme aufeinander. Immer wieder kommt es dabei zu Rückstaus und Pulkbildungen. Gerade in einer Fußgängerzone ist es aus unserer Sicht sinnvoll, genauer hinzuschauen, ob die vorhandene Ampelsteuerung die unterschiedlichen Verkehrsströme tatsächlich bestmöglich miteinander in Einklang bringt. In anderen deutschen Städten werden inzwischen intelligente und teilweise KI-gestützte Systeme eingesetzt, die Verkehrsströme laufend erfassen und die Ampelschaltungen an die tatsächliche Verkehrssituation anpassen können. Dabei geht es nicht allein darum, möglichst viele Autos möglichst schnell durch die Innenstadt zu bekommen. Eine gute Verkehrssteuerung sollte vielmehr dazu beitragen, dass sich die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden möglichst sicher und ohne unnötige Wartezeiten bewegen können. Auch für Fulda könnte deshalb interessant sein, ob eine bessere Abstimmung der Ampeln dazu beitragen kann, Pulkbildungen zu vermeiden und insbesondere den Fußverkehr in der Bahnhofstraße zu erleichtern. Gleichzeitig könnten unnötig Standzeiten und damit verbundene Lärm- und Abgasbelastungen reduziert werden. Die Stadt möge deshalb prüfen, welche bereits vorhandenen Lösungen für Fulda geeignet wären, welche Kosten damit verbunden wären und ob sich hierfür möglicherweise Fördermöglichkeiten oder offene, von anderen Kommunen bereits entwickelte Lösungen

nutzen lassen. Ziel ist herauszufinden, ob eine intelligentere Verkehrssteuerung an dieser Stelle einen tatsächlichen Mehrwert für die Innenstadt und ihre unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden bieten kann.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Puls', with a long horizontal stroke extending to the right.

Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

| 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenversammlung

Eing.: 25. Aug. 2026

Fulda, 01.08.26

Berichts Antrag: Depot/Magazin Vonderau Museum

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Die Frage nach einem neuen Depot fürs Vonderau Museum wird seit langem diskutiert. Bisher sind verschiedene Immobilien dafür in Betracht gezogen, letztlich aber immer wieder verworfen worden. Die Lösung der Depot-Frage ist eine wichtige Voraussetzung für Veränderungen an der Konzeption des Vonderau Museums.

Deshalb beantragt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Berichterstattung zur Situation des Depots/Magazins des Vonderau Museums unter besonderer Betrachtung folgender Gesichtspunkte:

1. Wie genau stellt sich die Lage bezüglich des Depots/Magazins im Vonderau Museum dar – d. h. wo genau gibt es welche Probleme?
2. Welche Immobilien wurden begutachtet, in die engere Wahl genommen oder verworfen?
3. Wie sehen die Priorisierung und der Zeitrahmen der anstehenden Fragen aus?

Jutta Hamberger

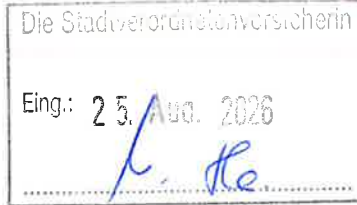


i.V. Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda



Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de



Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 • 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de • ute@riebold.eu

Fulda, 25.08.2026

Antrag
SVV 07.09.2026

Schlossgarten für alle

Beschlussvorschlag

Der gesamte Schlossgarten wird stets auch während Veranstaltungen auf dem Domplatz für die Menschen dieser Stadt und unsere Gäst*innen offen gehalten, also nicht nur der untere Teil, sondern auch das Parterre und die Terrassen.

Begründung

Dem Konzertveranstalter die Hoheit über Teile unseres Schlossgartens zu überlassen, ist völlig unverständlich – selbst wenn Menschen sich durch "Schwarzhören" eine Konzertkarte sparen wollen würden. Das ist jedoch gar nicht der Fall.

Menschen gingen und gehen (sofern sie dürfen) auch während Konzerten in den Schlossgarten, weil

- sie sowieso in diese Grünanlage gehen möchten,
- sie sich eh kein Ticket leisten können,
- sie es einfach schön finden, zu diesen Zeiten hier vielen (bekannten und unbekannten) Menschen begegnen zu können,
- sie sich in abgesperrten Bereichen mit Mengen von Menschen nicht aufhalten können,
- sie sich auf Steinplätzen bei Hitze nicht aufhalten können,
- ...

Für die Schlossgartenbesucher*innen muss nur klar sein, dass sie sich nicht selbst gefährden dürfen, indem versucht wird, die Mauer zur Pauluspromenade zu überklettern.

Die Einschränkungen während der Konzerttage sind eh schon sehr hoch. Viele Wegebeziehungen insbesondere für Zufußgehende und Radfahrende sind gekappt.

Zudem hat der Schlossgarten eine wichtige Erholungsfunktion – insbesondere während Hitzezeiten.

Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin



Die PARTEI

16

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de



Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 • 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de • ute@riebold.eu

Fulda, 25.08.2026

Antrag SVV 07.09.2026

Telekomschaltkästen an die Umgebung anpassen

Beschlussvorschlag

Mit der Telekom wird vereinbart, für die Telekomschaltkästen, die das Stadtbild beeinträchtigen, eine künstlerische Gestaltung (die die Funktion natürlich nicht beeinträchtigt) in Auftrag geben zu dürfen.

Die beiden Standorte (jeweils 2-3 Kästen) an der Rabanusstraße entlang der Mauer zum Alten Jüdischen Friedhof sollten möglichst zeitnah umgestaltet werden.

Begründung

Diese Gehäuse stören noch an einigen Stellen das Stadtbild – Insbesondere dann, wenn sie völlig verschmutzt sind.

An der Mauer des umgestalteten Jüdischen Friedhofs verschandeln die verdreckten Kästen die Ansicht. Eine gute Gestaltung der bisher störenden technischen Einrichtungen würde die erneuerte Mauer noch viel besser zur Geltung kommen lassen.

Finanzierungsvorschlag

Es könnte versucht werden, Patinnen und Paten zu finden, die die Umgestaltung jeweils eines Standortes finanzieren möchten. Gesucht werden könnte ggf. mittels einer öffentlichen Aktion.

Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin



Die **PARTEI**